

Technokapitalismus und neue Konzentration von Eigentum und Macht

Die folgenden Formulierungen verdichten die Kapitel zu politischen Aussagen, die Attac etwa für Diskussionen, Flugblätter oder Vorträge verwenden kann. Wichtig: Das Ausgangspapier ist ausdrücklich eine interne, teilweise fiktive Arbeitsfassung; insbesondere die Zukunftsszenarien dürfen nicht als Tatsachenbehauptungen dargestellt werden.

1. Vorbemerkung: Fragestellung und Methode

Technik bestimmt unsere Zukunft nicht von selbst. Entscheidend ist, wem Daten, Plattformen und digitale Infrastrukturen gehören, wer ihre Regeln festlegt und ob demokratische Politik diese Macht noch kontrollieren kann.

2. Kurzfassung der Argumentation

Der Technokapitalismus verbindet digitale Innovation mit einer neuen Konzentration von Eigentum und Macht. Wenn wenige Unternehmen Märkte, Daten, Kommunikationsräume und staatlich benötigte Infrastruktur kontrollieren, wird aus wirtschaftlicher Marktmacht zunehmend politische Herrschaftsmacht.

3. Technokapitalismus als neue Spielart des Kapitalismus

Der Technokapitalismus ist kein völlig neues Wirtschaftssystem, sondern eine verschärfte Form des Kapitalismus: Daten, Software, Algorithmen und Plattformen werden zu zentralen Produktionsmitteln. Konzerne verkaufen nicht nur Leistungen – sie bestimmen zunehmend die Regeln, nach denen andere arbeiten, handeln und sichtbar werden.

4. Technokapitalismus und Globalisierung

Die digitale Globalisierung verteilt Arbeit und Rohstoffverbrauch über die ganze Welt, konzentriert aber Gewinne und Entscheidungsmacht bei wenigen Unternehmen und Eigentümern. Attac fordert deshalb eine globale Regulierung, gerechte Besteuerung und demokratische Kontrolle digitaler Infrastrukturen.

5. Die ökonomische Grammatik technokapitalistischer Extragewinne

Innovationen dürfen Gewinne ermöglichen. Problematisch wird es, wenn ein zeitlich begrenzter Vorsprung durch Netzwerkeffekte, Patente, Datenmonopole oder hohe Wechselkosten in eine dauerhafte private Mautstation verwandelt wird. Digitale Monopolrenten müssen begrenzt und gesellschaftlich abgeschöpft werden.

6. Technofeudalismus-Debatte

Der Begriff „Technofeudalismus“ beschreibt die Abhängigkeit von mächtigen Plattformbesitzern anschaulich, kann aber den kapitalistischen Kern verdecken. Treffender ist die Kritik an einem rentenreichen Technokapitalismus, in dem private Eigentümer an den wirtschaftlichen Aktivitäten anderer verdienen, weil sie unverzichtbare Zugänge kontrollieren.

7. Der Verbleib der Extragewinne im Wirtschaftskreislauf

Extragewinne verschwinden nicht, sie fließen aber häufig nicht in höhere Löhne, gesellschaftlich sinnvolle Investitionen oder öffentliche Infrastruktur. Aktienrückkäufe, Übernahmen und Finanzanlagen vergrößern vor allem Vermögen und

Marktmacht. Attac fordert deshalb eine stärkere Besteuerung von Übergewinnen und eine öffentliche Beteiligung an den Erträgen technologischen Fortschritts.

8. Extragewinne und Vermögensverteilung

Millionen Menschen erzeugen durch Arbeit, Konsum und Daten den Wert digitaler Plattformen, doch die daraus entstehenden Vermögen gehören wenigen Anteilseignern. So werden kleine Zahlungen und Datenbeiträge vieler Menschen in Milliardenvermögen und politische Macht einzelner Eigentümer verwandelt.

9. Von Marktmacht zu Infrastruktur- und Wissensmacht

Wer Cloud-Systeme, Suchmaschinen, soziale Netzwerke und KI-Modelle kontrolliert, beeinflusst nicht nur Preise, sondern auch Sichtbarkeit, Wissen und gesellschaftliche Entscheidungen. Digitale Grundinfrastrukturen dürfen deshalb nicht allein privaten Geschäftsinteressen unterliegen.

10. Technooligarchen in einer fiktiven Weltordnung

Die größte Gefahr besteht nicht unbedingt darin, dass Konzerne den Staat offen übernehmen. Gefährlicher wäre ein Staat, der formal demokratisch bleibt, technisch aber so abhängig von privaten Plattformen, Cloud-Diensten und KI-Systemen wird, dass er nur noch innerhalb ihrer Vorgaben handeln kann.

11. Dystopische Entwicklungspfade

Demokratie kann ausgehöhlt werden, ohne dass Wahlen oder Meinungsfreiheit offiziell abgeschafft werden. Wenn Algorithmen über Sichtbarkeit, Kredit, Arbeit oder staatliche Leistungen mitentscheiden, zugleich aber niemand für ihre Folgen verantwortlich gemacht werden kann, werden Bürgerrechte schleichend zu widerrufbaren Zugangsberechtigungen.

12. Gegenkräfte, Grenzen und Warnindikatoren

Eine technooligarchische Entwicklung ist kein Schicksal. Öffentliche digitale Infrastruktur, offene Standards, Datenportabilität, wirksame Besteuerung, Kartellrecht, staatliche Fachkompetenz und einklagbare Rechte können private Macht begrenzen. Demokratie braucht immer eine echte Alternative zu einzelnen Konzernen.

13. Schluss: Verdichtete Leitthese

Die entscheidende politische Frage lautet nicht, ob wir technischen Fortschritt wollen, sondern wem er gehört und welchem Zweck er dient. Technik muss eine demokratisch gestaltbare Infrastruktur für das Gemeinwohl bleiben – und darf nicht zu einer privaten Umwelt werden, in der Menschen und Staaten nur noch abhängige Nutzer sind.

14. Begriffliches Glossar

Das Glossar schafft Klarheit über Begriffe wie Extragewinn, Plattformrente, Lock-in, Algokratie und Technooligarchie. Für Attac ist diese begriffliche Genauigkeit wichtig: Kritisiert werden nicht Technik und Innovation an sich, sondern private Renten, Abhängigkeiten und demokratisch nicht kontrollierte Macht.

15. Literaturverzeichnis

Die Literatur zeigt, dass die Kritik an digitaler Marktmacht, Vermögenskonzentration und algorithmischer Kontrolle auf unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansätzen beruht. Vor einer Veröffentlichung sollten jedoch alle Quellen, Aktualitätsangaben und daraus abgeleiteten Aussagen fachlich überprüft werden.

Als übergreifender Attac-Slogan eignet sich:

Digitaler Fortschritt muss allen dienen: Datenmacht begrenzen, Extragewinne gerecht verteilen und digitale Infrastruktur demokratisch kontrollieren.